

Kita-Finzen in Fulda: Stadt und Kirche vereinbaren neue Kostenstrukturen!

Stadt Fulda und Bistum Fulda vereinbaren neue Kita-Finanzierung. Kirchenbeiträge steigen, Förderungen sichern Betriebskosten.



Die Stadt Fulda und das Bistum Fulda setzen ihre Zusammenarbeit im Bereich der Kindertagesstätten (Kitas) fort. Eine neue Vereinbarung regelt die Betriebskosten für neun katholische Kindertagesstätten im Fuldaer Stadtgebiet. Diese Einigung wurde jüngst erzielt und sieht vor, dass die katholische Kirche sich mit 10 Prozent an den laufenden Betriebskosten beteiligt, die nicht durch Elternbeiträge oder Landeszuschüsse gedeckt sind. Die verbleibenden 90 Prozent der Kosten übernimmt die Stadt Fulda. Bürgermeister Dag Wehner äußerte seinen Dank an die katholische Kirche für die langjährige Unterstützung.

Das Bistum Fulda, das über 100 Kitas betreibt, vertritt die

Interessen der katholischen Kirchengemeinden und Kita-Träger in dieser Angelegenheit. Die neue Regelung könnte eine Reaktion auf die Veränderungen in der Finanzierungslandschaft darstellen, da die katholische Kirche von den Kommunen eine stärkere finanzielle Beteiligung an den Kindergärten fordert. In diesem Kontext könnte der Finanzierungsanteil der Kirche von etwa 14 auf 7 Prozent sinken. Die durchschnittlichen Kosten pro Kindergartenplatz beliefen sich im Jahr 2023 auf etwa 1.100 Euro pro Monat.

Finanzierungsstruktur der Kitas

Die Finanzierung der Kitas erfolgt durch verschiedene Stellen. Das Land Hessen unterstützt mit rund 392 Euro pro Platz, während der Landkreis Fulda etwa 170 Euro beisteuert. Eltern zahlen durchschnittlich etwa 65 Euro pro Platz. Trotz dieser Zuschüsse bleibt ein Defizit von 473 Euro pro Platz und Monat, das von der Kirchengemeinde getragen wird. Interessanterweise übernimmt die politische Gemeinde 84 Prozent des Defizits, wobei der Eigenanteil der Kirchengemeinde St. Lioba bei etwa 76 Euro pro Kind und Monat liegt.

Hintergrund für die Forderung des Bistums nach einer höheren Finanzierung sind sinkende Kirchensteuereinnahmen sowie ein Haushalts-Konsolidierungskonzept, das seit 2021 in Kraft ist. Zudem belasten neue gesetzliche Regelungen die Kassen der katholischen Einrichtungen, während auch die Personal- und Energiekosten stetig steigen.

Einfluss der Gemeinden und Perspektiven

Stadt Fulda rechnet für das Jahr 2026 mit zusätzlichen Kosten in Höhe von etwa 180.000 Euro. Es zeigt sich, dass die politischen Gemeinden wenig Einfluss auf die kirchlichen Kitas haben. Pfarrer besitzen die Personalhoheit, was es den Gemeinden erschwert, in die Entscheidungen der Einrichtungen einzugreifen. Die Reaktionen auf die Ankündigungen des Bistums sind heterogen. Heiko Stolz von der CDU, der

Vorsitzende der Bürgermeisterkreisversammlung, erklärte, dass die Debatte über die Finanzierung und Unterstützung von Kitas in der Region eine bedeutende Rolle spielt.

So können auch die evangelischen Kitas in der Region von der erhöhten Finanzierung durch die Kommunen profitieren. Der evangelische Kirchenkreis Fulda hat 13 Kindertagesstätten, die im Rahmen eines Zweckverbandes zusammenarbeiten. Während die Stadt Fulda 75 Prozent der Kosten für die evangelischen Kitas übernimmt, variieren die Anteile in anderen Kommunen und übersteigen teilweise 90 Prozent.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Bereitstellung von Kindergartenplätzen grundsätzlich in der Verantwortung der Kommunen liegt. Das Bistum Fulda betont, dass eine verlässliche Finanzierung der Einrichtungen von zentraler Bedeutung ist, um die Qualität und den Zugang zur frühkindlichen Bildung sicherzustellen. Die Landesförderung, die ein Volumen von 150.000 Euro umfasst, spielt hierbei ebenso eine entscheidende Rolle. Für künftige Anträge an die Unterstützung ist der 1. März der Stichtag, an dem Träger ihre Anträge stellen können, um die Förderung zu sichern.

Details	
Quellen	• www.fuldainfo.de • www.fuldaerzeitung.de

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net